

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr am Dienstag, den 12. November 2019 um 18:30 Uhr im Seminarraum I des Regionalen Bürgerzentrums, Am Markt 2, 24782 Büdelsdorf

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Stadtvertreter Schmidt (SPD)
Weitere Ausschussmitglieder:	Stadtvertreterin Höll (CDU) Stadtvertreter Bolz (BWG) Stadtvertreter Brodersen (SSW) Stadtvertreter Lerbs (SPD) Stadtvertreter Klauer (CDU) Bürgerliches Mitglied Sameisky (SPD) in Vertretung für Bürgerliches Mitglied Baber Bürgerliches Mitglied Schwark (CDU)
Protokollführer/in:	Frau Bestmann
Nicht anwesende, nicht vertretene Ausschussmitglieder:	Bürgerliches Mitglied Lübke (BWG)
Andere Anwesende:	Herr Buche Abwasserbeseitigung Büdelsdorf Her Giermann Seniorenbeirat Frau Schnoor Verwaltung Herr Mathein Verwaltung Frau Scharunge Verwaltung Stadtvertreter Banaski Stadtvertreter Hartig Stadtvertreter Reichelt Stadtvertreterin Schaedla Stadtvertreter Wensierski Stadtvertreterin Wilken
Nach § 22 GO ausgeschlossene Teilnehmerinnen oder Teilnehmer:	-
Zuhörerinnen und Zuhörer:	11
Presse:	1 (zeitweise)

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Einladung und die Sitzungsvorlage sind den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen.

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass unter dem Tagesordnungspunkt 13 „Grundstücksangelegenheiten“ heute nichts vorgetragen wird. Die gesamte Sitzung ist somit öffentlich.

Stadtvertreterin Höll beantragt, den Tagesordnungspunkt 7b auf den Tagesordnungspunkt 9a zu verschieben.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr beschließt einstimmig, den TOP 7b auf den TOP 9a zu verschieben.

Die Tagesordnung stellt sich nunmehr wie folgt dar:

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift von der Sitzung am 17. September 2019
3. Einwohnerfragestunde
4. Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Büdelsdorf
5. Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Büdelsdorf
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
6. Haushaltsangelegenheiten 2020
 - 6.1 Teil-Haushalt 2020 des Ausschussbudgets
 - 6.2 Teil-Stellenplan 2020
7. Anpassung der Straßenbaubeitragssatzung vom 03.02.2014 sowie die I. Nachtragssatzung zur Straßenbaubeitragssatzung vom 18.12.2018 an die aktuelle Rechtsprechung
8. Parkstreifen Parkallee
9. Einrichtung einer Fahrradstraße in Büdelsdorf, Neuer Gartenweg, von der Ahlmannallee bis zur Heimstraße sowie Weiterführung des Radfahrverkehrs über die Ahlmannallee hinaus in westliche Richtung

9a. Gemeinsamer Antrag der BWG- und der SPD-Fraktion vom 24.10.2019 zur Änderung der Straßenbaubeitragssatzung vom 03.02.2014

10. Informationen

10.1 Ausbau Hollerstraße-West - Sachstand

10.2 Ortsentwicklungskonzept - Sachstand

10.3 Parkplatz Rathaus - Schließung ab Gehweg Am Markt

11. Beantwortung der Anfragen aus der vorigen Ausschusssitzung Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr

12. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der Bürgerlichen Mitglieder

13. Grundstücksangelegenheiten

14. Bekanntgabe von Beschlüssen und Empfehlungen zu dem in nichtöffentlicher Sitzung behandelten Tagesordnungspunkt

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Es liegen keine Hinweise auf mögliche Ausschließungsgründe vor.

2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift von der Sitzung am 17. September 2019

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor.

3. Einwohnerfragestunde

Ein Zuhörer merkt an, dass in Büdelsdorf aktuell drei Lebensmittelgeschäfte leer stehen und fragt nach, ob die Nachnutzung schon geklärt ist.

Die Verwaltung erläutert, dass die Eigentümer sehr bestrebt sind, an dem Leerstand etwas zu ändern. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es jedoch noch nichts Konkretes.

4. **Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Büdelsdorf**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Buche von der Abwasserbeseitigung Büdelsdorf und erteilt ihm das Wort.

Herr Buche erläutert, dass sich bei den Aufwendungen im Erfolgsplan ein Fehler eingeschlichen hat. Die Aufwendungen betragen 1.522.000,- Euro und nicht wie in der Vorlage dargestellt 1.458.000,- Euro. Geplant ist ein Jahresüberschuss von 95.000,- Euro.

Herr Buche erläutert anhand der dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügten PowerPoint Präsentation die geplanten Investitionen für das Jahr 2020. Geplant ist unter anderem die Anschaffung eines Notstromaggregats für die Abwasserpumpstationen sowie die Anschaffung neuer Abwasserpumpen. Insgesamt sind Investitionen in Höhe von 1,137 Mio. Euro geplant.

Stadtvertreter Bolz fragt nach, ob sich durch die Stadtwerke-Allianz Veränderungen bei der Abwasserbeseitigung Büdelsdorf ergeben.

Herr Buche erläutert, dass die Zusammenarbeit zwischen den Stadtwerken und Abwasserbeseitigung Büdelsdorf bestehen bleibt und sich durch die Allianz keine gravierenden Veränderungen bei der Abwasserbeseitigung Büdelsdorf ergeben.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr beschließt einstimmig, der Stadtvertretung zu empfehlen, nachstehenden Beschluss zu fassen:

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr empfiehlt der Stadtvertretung, den der Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügten Wirtschaftsplan 2020 der Abwasserbeseitigung Büdelsdorf zu beschließen.

Zusammenstellung nach § 12 Abs. 1 Eigenbetriebsverordnung für das Wirtschaftsjahr 2020:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 6 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung beschließt die Stadtvertretung den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020:

1. Es betragen:

1.1 im Erfolgsplan

die Erträge	1.617.000 Euro
die Aufwendungen	1.522.000 Euro
der Jahresgewinn	95.000 Euro

1.2 im Vermögensplan

die Einzahlungen	1.137.000 Euro
die Auszahlungen	1.137.000 Euro

2. Es werden festgesetzt:

2.1	Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	520.000 Euro
-----	--	--------------

5. Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Büdelsdorf - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an die Verwaltung.

Die Verwaltung erläutert, dass in der Ausschusssitzung am 23.06.2015 die Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Büdelsdorf beschlossen wurde.

Ein Entwurf des Landschaftsplanes für die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Nachbargemeinden liegt nunmehr vor.

Stadtvertreter Bolz fragt nach, ob die Pläne kurz von der Verwaltung erläutert werden können.

Die Verwaltung erläutert anhand der Pläne die unterschiedlichen Biotoptypen und die Bestandskarte.

Ein Zuhörer fragt nach, wie viel Quadratmeter Fläche in den letzten Jahren im Stadtgebiet bebaut wurden. Die Verwaltung erläutert, dass in den letzten fünf bis sieben Jahren die Grundstücke im Geltungsbereich der Bebauungspläne Nr. 51 „Am Stadtpark“, Nr. 52 „Am Dolmen“ und Nr. 54 „Akazienstraße“ bebaut wurden.

In den Landschaftsplan wurde nur das „Spülfeld“ (Am Friedrichsbrunnen) als potenzielle Baufläche einbezogen.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr beschließt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1.

Der Entwurf der Neuaufstellung des Landschaftsplanes für das gesamte Stadtgebiet, bestehend aus dem Erläuterungsbericht (**Anlage 2 der Vorlage**), den Karten 1 „Bestand / Biotoptypen“ (**Anlage 3 der Vorlage**) und 2 „Planung“ (**Anlage 4 der Vorla-**

ge) sowie den Abbildungen Nr. 3 bis Nr. 11 (**Anlage 5 der Vorlage**) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.

2.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Neuaufstellung des Landschaftsplanes nach § 7 Abs. 3 Landesnaturschutzgesetz Schleswig-Holstein (LNatSchG) mit den Nachbargemeinden abzustimmen.

3.

Der Bürgermeister wird weiterhin beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Naturschutzbehörden, die nach § 3 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes vom Land anerkannten Naturschutzvereinigungen, die auf örtlicher Ebene tätigen Naturschutzvereine und die Öffentlichkeit bei der Neuaufstellung des Landschaftsplanes nach § 7 Abs. 3 LNatSchG zu beteiligen.

6. Haushaltsangelegenheiten 2020

6.1 Teil-Haushalt 2020 des Ausschussbudgets

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass ein Fragenkatalog von der BWG-Fraktion zum Haushalt 2020 vorliegt.

Die Verwaltung wird nachfolgend auf die Fragen der BWG-Fraktion eingehen.

11141.5262000 Aus- und Fortbildungsaufwendungen:

Die BWG-Fraktion hat angefragt, ob der Ansatz von 12.000,- Euro um 3.000,- Euro reduziert werden könnte. Die Verwaltung erläutert, dass der Ansatz bereits zum Vorjahr um 4.000,- Euro gekürzt wurde, obwohl im nächsten Jahr neue Mitarbeiter/innen in ihren Aufgabenbereich eingearbeitet werden müssen. Eine nochmalige Reduzierung des Ansatzes wäre nicht zielführend.

Stadtvertreter Bolz erläutert, dass nicht alle Fragen aus dem Fragenkatalog erläutert werden müssten. Nur wenn es Einsparungen gibt, wäre eine kurze Erläuterung angebracht. Die Verwaltung erläutert, dass bereits nach dem Haushaltsworkshop Ansatzreduzierungen stattgefunden haben und dementsprechend nicht weiter reduziert werden konnten.

Bürgerliches Mitglied Sameisky hinterfragt den Ansatz von 200.000,- Euro für die Zweckentfremdungszinsen (PSK 51112.5489000). Die Verwaltung erläutert, dass im Haushalt 2020 die voraussichtlich anfallenden Zweckentfremdungszinsen für die Jahre 2016/2017 eingeplant sind. Zweckentfremdungszinsen fallen an, wenn abgerufene Städtebaufördermittel nicht fristgerecht verwendet worden sind. Aufgrund der langwierigen Antrags- und Bewilligungsprozesse beim zuständigen Ministerium war eine fristgerechte Mittelverwendung in den o. g. Jahren nicht vollständig möglich.

Bürgerliches Mitglied Sameisky hinterfragt ebenfalls den Ansatz von 40.000,- Euro bei den Unterhaltungsaufwendungen der Straßenbeleuchtung (PSK 54121.5221000). Die Umstellung auf LED-Beleuchtung ist bereits erfolgt und trotzdem ist im Ansatz 2020 5.000,- Euro mehr eingeplant als im Jahr 2019. Die Verwaltung erläutert, dass

zum Beispiel die Erschließung „Am Dolmen“ hinzugekommen ist und die Stromkosten im Allgemeinen teurer geworden sind.

Bürgerliches Mitglied Schwark fragt nach, um welche Antriebsart es sich bei dem eingeplanten Kastenwagen (PSK 52321.7831000) handelt. Die Verwaltung erläutert, dass die Antriebsart noch nicht festgelegt ist.

Stadtvertreterin Höll schlägt zur besseren Übersichtlichkeit vor, die einzelnen Produktsachkonten nach Ihrer Reihenfolge durchzugehen. Die übrigen Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Stadtvertreterin Wilken erläutert, dass für Fahrgastunterstände 60.000,- Euro eingeplant sind und fragt nach, ob von dem Geld an der Heinrich-Heine-Schule eine überdachte Bushaltestelle errichtet werden könnte. Zurzeit ist nur auf einer Straßenseite eine überdachte Bushaltestelle vorhanden. Die Verwaltung wird die Angelegenheit prüfen. Grundsätzlich steht dem nichts im Wege.

Die Verwaltung erläutert, dass nach dem Haushaltsworkshop noch folgende Änderungen in dem Ansatz 2020 vorgenommen wurden:

Verwaltung Fachbereich:

- 11141.5012000 Bezüge Arbeitnehmer/innen: 117.100,-- Euro

Gemeindestraßen, Bau und Unterhalt

- 54112.5221000 Straßenunterhaltung: 200.000,-- Euro
- 54112.7852800 Umbau Fahrradstraße: 0,00 Euro

Die 50.000,- Euro für die Fahrradstraße wurden aufgrund des Ausschussbeschlusses bei der Straßenunterhaltung eingeplant.

Bauhof:

- 57321.4811000 Innere Verrechnung: 847.200,-- Euro
- 57321.5012000 Bezüge Arbeitnehmer/innen: 802.400,-- Euro
- 57321.5262000 Aus- und Fortbildungsaufwendungen: 8.000,-- Euro

Hausmeisterei:

- 57331.5012000 Bezüge Arbeitnehmer/innen: 661.600,-- Euro

Bürgerliches Mitglied Sameisky fragt nach, warum die Bezüge der Arbeitnehmer/innen für Wohngrundstücke nicht gesunken sind, da das Künstlerhaus bereits im letzten Jahr vom Fachbereich Gesellschaftliche Angelegenheiten verwaltet wurde. Die Verwaltung erläutert, dass das Künstlerhaus im Haushalt des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr nie eingeplant war. Die Vermietung seitens des Fachbereich Bauen und Umwelt wurde nur aushilfsweise übernommen. Von diesem Fachbereich werden nur noch die Wohnungen in der Feuerwache verwaltet.

Stadtvertreter Bolz erläutert, dass die Personalkosten teilweise gestiegen sind und bittet um Erläuterung seitens der Verwaltung. Die Verwaltung erläutert, dass die Steigerungen durch die Erhöhung der Besoldung und der Tarifsteigerungen resultieren. Zudem fanden teilweise Verschiebungen aufgrund von Aufgabenwechsel der

Mitarbeiter/innen in den einzelnen Produktsachkonten statt. Die Personalkosten entsprechen exakt dem Stellenplan.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr beschließt mit sieben Ja-Stimmen und einer Enthaltung, der Stadtvertretung / dem Hauptausschuss zu empfehlen, nachstehenden Beschluss zu fassen:

Beschlussempfehlung:

Die Stadtvertretung / der Hauptausschuss beschließt den in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr fallenden Teilhaushalt des Haushaltes 2020 in der vorliegenden Fassung.

6.2 Teil-Stellenplan 2020

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an die Verwaltung. Die Verwaltung erläutert die Veränderungen im Stellenplan anhand der Anlage 7 zur Vorlage.

Wesentliche Änderungen gibt es bei der Stelle 112 bzw. neu 114. Die 30 Stunden wurden umverteilt. Im Endergebnis fallen ca. 10 Stunden von den insgesamt 30 Stunden komplett weg.

Die Stelle 118 fällt zum 01.10.2020 weg. Dafür wurde allerdings eine Stelle 119 zum 01.07.2020 neu eingeplant. Die Stelle umfasst die Grünplanung sowie das Thema Klimaschutz.

Stadtvertreter Bolz fragt nach, ob die Wiederbesetzung der Stelle 118 unbedingt mit der Entgeltgruppe 11 erfolgen muss. Die Verwaltung erläutert, dass die neue Stelle nicht nur für den Bereich „Grün“ gedacht ist, sondern auch für das Thema „Klimaschutz“. Hierbei wird es schwierig, mit einer niedrigen Entgeltgruppe eine/n geeigneten Arbeitnehmer/in zu finden. Stadtvertreter Bolz stimmt der Verwaltung zu und hat keine Einwände gegen den Stellenplan.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr beschließt einstimmig, der Stadtvertretung / dem Hauptausschuss zu empfehlen, nachstehenden Beschluss zu fassen:

Beschlussempfehlung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage als Anlage 7 beigefügten Teilstellenplan 2020 für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr.

7. Anpassung der Straßenbaubeitragssatzung vom 03.02.2014 sowie die I. Nachtragssatzung zur Straßenbaubeitragssatzung vom 18.12.2018 an die aktuelle Rechtsprechung

Der Ausschussvorsitzende erläutert kurz, dass die Straßenbaubeitragssatzungen an die aktuelle Rechtsprechung zum Zitiergebot angepasst werden müssen.

Stadtvertreter Bolz fragt nach, warum ein rückwirkendes Inkrafttreten erforderlich ist. Die Verwaltung erläutert, dass dies mit einem laufenden Klageverfahren zusammenhängt.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr beschließt einstimmig, der Stadtvertretung zu empfehlen, nachstehenden Beschluss zu fassen:

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr empfiehlt der Stadtvertretung, die der Sitzungsvorlage im Entwurf als Anlage 8 und 9 beigefügten Satzungen über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, die Erneuerung und den Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Straßenbaubeitragssatzung) der Stadt Büdelsdorf vom xx.xx.xxxx sowie die

I. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, die Erneuerung und den Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Straßenbaubeitragssatzung) der Stadt Büdelsdorf vom xx.xx.xxxx zu beschließen.

8. Parkstreifen Parkallee

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an die Verwaltung. Die Verwaltung berichtet von einem schweren Unfall an der nördlichen Ausfahrt vom Parkplatz am Bürgerzentrum. In diesem Zusammenhang wurden die Sichtverhältnisse beider Parkplatzausfahrten überprüft. Dabei ergab sich, dass der gesamte Parkstreifen entlang der Parkallee innerhalb der Sichtdreiecke der Ausfahrt liegt.

Um zukünftig die Sichtdreiecke zu gewährleisten und die vorerst angeordneten Halteverbote zu entfernen, möchte die Verwaltung den Parkstreifen in einen Grünstreifen umwandeln.

Stadtvertreterin Wilken fragt nach, ob die Parkstreifen auch nur mit Betonringen versehen werden können oder ob vor dem Bürgerzentrum eine Tempo 30-Zone eingerichtet werden könnte.

Die Verwaltung erläutert, dass die Sichtdreiecke frei bleiben müssen. Da es sich bei der Parkallee um eine Haupteinfahrtsstraße handelt, muss der Verkehrsfluss gewährleistet sein, was bei einer Tempo-30-Zone nicht sichergestellt ist. Die Betonringe wären sicherlich eine Möglichkeit, allerdings im „Ortskern“ von Büdelsdorf direkt vor dem Rathaus eher unangebracht.

Stadtvertreter Wensierski fragt nach, ob eine von den beiden Ausfahrten am Bürgerzentrum geschlossen werden könnte, um ein paar Parkplätze zu erhalten. Die Verwaltung erläutert, dass eine Umfahrung gewährleistet sein muss.

Stadtvertreter Brodersen schlägt vor, beim Bürgerzentrum nur eine Einfahrt und eine Ausfahrt zu errichten. Die Verwaltung wird diese Angelegenheit prüfen.

Bürgerliches Mitglied Schwark erläutert, dass solche schlechten Sichtverhältnisse auch an etlichen anderen Stellen im Stadtgebiet vorhanden sind und gibt zu bedenken, dass die Maßnahme auch an anderer Stelle Begehrlichkeiten wecken könnte.

9. Einrichtung einer Fahrradstraße in Büdelsdorf, Neuer Gartenweg, von der Ahlmannallee bis zur Heimstraße sowie Weiterführung des Radfahrverkehrs über die Ahlmannallee hinaus in westliche Richtung

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage und die Tischvorlage. Die SPD- und die BWG-Fraktion beantragten mit Schreiben vom 5. November 2019, die Beschlussempfehlung zu TOP 9 durch ihren Beschlussvorschlag zu ersetzen.

Bürgerliches Mitglied Schwark macht deutlich, dass im Antrag keine Kosten beziffert wurden, sondern lediglich von den „notwendigen Finanzmitteln“ die Rede ist. Ohne die tatsächlichen Kosten kann dem Antrag seitens der CDU-Fraktion nicht zugestimmt werden.

Bürgerliches Mitglied Sameisky erläutert, dass es in dem Antrag um die Fahrradwegesicherheit geht und nicht um den vollständigen Umbau zu einer Fahrradstraße. 50.000,- Euro sind bereits für die Fahrradstraße im Haushalt 2020 eingeplant.

Es folgt eine rege Diskussion zu dem Thema Kosten der Fahrradstraße und zur Fahrradwegsicherheit. In diesem Zusammenhang präsentiert Stadtvertreter Hartig Bilder von Fahrradwegüberquerungen im Stadtgebiet.

Ein Zuhörer fragt nach, was mit dem Umbau der Straße bezweckt werden soll. Im Neuen Gartenweg herrscht kaum Fahrzeugverkehr, der bereits seit zwanzig Jahren ohne Verkehrsunfälle funktioniert.

Die Verwaltung bittet um Klarheit, ob aktuell über einen Umbau zur Fahrradstraße oder über reine Verkehrssicherheitsmaßnahmen diskutiert wird.

Es folgt eine zehnmünütige Sitzungsunterbrechung.

Anschließend wird über die Beschlussempfehlung gemäß der Vorlage entschieden.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr lehnt einstimmig den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage ab.

Der Alternativantrag gemäß Tischvorlage wird seitens der SPD- und der BWG-Fraktion vollständig zurückgezogen.

Zudem haben die Ausschussmitglieder in der Sitzungsunterbrechung eine neue Beschlussempfehlung formuliert. Diese wurde von Stadtvertreterin Wilken zur Niederschrift wie folgt verlesen und sodann vom Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr einstimmig beschlossen:

Beschluss:

In Anknüpfung an den Beschluss des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit vom 04.12.2018 wird der Beschluss durch Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr vom 12.11.2019 dahingehend ergänzt:

Falls noch nicht geschehen, wird der Kreuzungsbereich „Ahlmannallee / Neuer Gartenweg / Alte Sporthalle in die Überprüfung mit einbezogen, um eine sichere Verkehrsführung insbesondere für Radfahrer und Fußgänger zu erreichen.

9a. Gemeinsamer Antrag der BWG- und der SPD-Fraktion vom 24.10.2019 zur Änderung der Straßenbaubeitragssatzung vom 03.02.2014

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die SPD- und die BWG-Fraktion die Änderung der Straßenbaubeitragssatzung beantragt haben.

Die Verwaltung erläutert, dass der Antrag im Rahmen eines Workshops der RichterIn des Verwaltungsgerichtes vorgelegt wurde. Die RichterIn teilte der Verwaltungsmitarbeiterin mit, dass die Satzungsanpassung dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht und vor Gericht keinen Bestand hätte.

Stadtvertreter Lerbs beantragt für die SPD-Fraktion die Verschiebung des Antrages.

Der Ausschussvorsitzende bittet darüber abzustimmen, ob der Antrag der SPD- und der BWG-Fraktion verschoben werden soll.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr fasst mit sieben Ja-Stimmen und einer Enthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag der BWG- und der SPD-Fraktion vom 24.10.2019 bezüglich Inhalt und Formulierung rechtlich prüfen zu lassen.

10. Informationen

10.1 Ausbau Hollerstraße-West - Sachstand

Die Verwaltung erläutert, dass mit dem Ausbau der Hollerstraße-West am 30.09.2019 begonnen wurde. Die Vollsperrung der Löwenstraße ist bereits wieder aufgehoben.

10.2 Ortsentwicklungskonzept - Sachstand

Die Verwaltung erläutert, dass am 23.09.2019 eine Einwohner- und Jugendeinwohnerversammlung zum Thema „Ortsentwicklungskonzept“ stattgefunden hat.

Vor den Festtagen im Dezember wird den Mitgliedern der AG Stadtentwicklung der Vorentwurf des Ortsentwicklungskonzeptes zugesandt.

10.3 Parkplatz Rathaus - Schließung ab Gehweg Am Markt

Die Verwaltung berichtet, dass geplant ist, den Parkplatz am Rathaus aus Richtung Parkallee kommend mit Pollern zu schließen. Der Fuß- und Radweg zwischen dem Bürgerzentrum und Rathaus soll dadurch für den Fahrzeugverkehr geschlossen werden. Der Rathausparkplatz wird dann nur noch von der Kaiserstraße aus anfahrbar sein.

Die Verwaltung berichtet ferner, dass an dem neuen LIDL-Standort Fahrradbügel installiert wurden.

11. Beantwortung der Anfragen aus der vorigen Ausschusssitzung Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr

Die Verwaltung teilt mit, dass an der Ecke „Neuer Gartenweg“ das fehlende Straßennamenschild „Am Obstgarten“ wieder aufgestellt ist.

Außerdem teilt die Verwaltung mit, dass für die Ampelschaltung bei LIDL-Neu eine Überprüfung seitens der Verkehrsbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde erforderlich ist. Die Stadt Büdelsdorf steht bereits im Kontakt mit dem Kreis. Die Kosten für die Überprüfung sind von LIDL zu tragen.

12. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der Bürgerlichen Mitglieder

Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass einige LED-Leuchten im Neuen Gartenweg / Achtern Höben / Kastanienweg nicht funktionieren. Die Verwaltung wird sich um die Angelegenheit kümmern.

Bürgerliches Mitglied Sameisky teilt mit, dass im Trichterbecherweg beim Regenrückhaltebecken immer noch ein Bauzaun und Folie herumliegt. Zudem ist dort ein riesiger Berg Laub vorhanden. Die Verwaltung wird sich um die Angelegenheit kümmern.

Ende der Sitzung: 21.30 Uhr

F. d. R.



Ausschussvorsitzender



Protokollführerin

